



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Niedersachsen

Positionen zur Bundestagswahl 2025

Der Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V.

- 1.** Stärkere Fokussierung auf Kinderrechte und deren Verankerung im Grundgesetz
- 2.** Entwicklung umfassender Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut, insbesondere die Einführung einer Kindergrundsicherung
- 3.** Verbesserung der Bildungsinfrastruktur und -chancen für alle Kinder in Niedersachsen
- 4.** Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit in Niedersachsen
- 5.** Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen
- 6.** Sicherstellung der Generationengerechtigkeit über finanzielle Aspekte hinaus
- 7.** Entwicklung und Umsetzung wirksamer Kinderschutz-Konzepte, insbesondere auch im digitalen Bereich
- 8.** Verbesserung der Unterstützungssysteme für Familien, besonders für Alleinerziehende
- 9.** Stärkung präventiver Ansätze im Kinderschutz

Unsere Forderungen ausführlicher erläutert:

1. Kinderrechte ins Grundgesetz:

Dies würde Kindern einen verfassungsrechtlichen Status als eigenständige Rechtssubjekte verleihen. Es stärkt ihre Position in der Gesellschaft und bei politischen Entscheidungen. Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention würde dadurch auf höchster rechtlicher Ebene verankert.

2. Bekämpfung der Kinderarmut:

Mindestens zwei Millionen Kinder in Deutschland sind von Armut betroffen. Eine Kindergrundsicherung sollte finanzielle Unterstützung bündeln und vereinfachen. Gezielte Maßnahmen für Alleinerziehende und Geringverdienende sind ebenfalls notwendig.

3. Verbesserung der Bildungsinfrastruktur:

Investitionen in Kitas und Schulen sind dringend erforderlich. Digitalisierung und moderne Ausstattung müssen vorangetrieben werden. Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung sollten dabei im Fokus stehen.

4. Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe:

Das System ist überlastet und benötigt dringend mehr Ressourcen. Präventive Ansätze sollten ausgebaut werden, um Krisen frühzeitig zu verhindern. Qualifiziertes Personal muss gewonnen und gehalten werden.

5. Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen:

Partizipationsmöglichkeiten wie z.B. Jugendparlamente sollten ausgebaut werden. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die Stimmen junger Menschen müssen in politischen Prozessen mehr Gewicht bekommen.

6. Generationengerechtigkeit:

Dies geht über finanzielle Aspekte hinaus. Nachhaltige Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind nötig. Langfristige Folgen politischer Entscheidungen für künftige Generationen müssen stärker berücksichtigt werden. Stichworte: Klima und Demokratie.

7. Kinderschutz-Konzepte:

Besonders im digitalen Bereich sind verstärkte Schutzmaßnahmen nötig. An Orten, in denen Kinder sich aufhalten, lernen oder ihre Freizeit verbringen, sind flächendeckend Schutzkonzepte zu implementieren. Die Ressourcen dafür sind zur Verfügung zu stellen. Der beste Kinderschutz ist der vorbeugende - präventiver Kinderschutz sollte gestärkt werden.

Stand: 12.02.2025